



Österreichische Gesellschaft für Pathologie Österreichische Division der IAP

An
Herrn Bundesminister Sebastian Kurz
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres

und

Herrn Bundesparteiobermann Heinz Christian Strache
Freiheitliche Partei Österreichs

Wien/Graz/Mistelbach, 15. Dezember 2017

Sehr geehrter Herr Bundesminister!
Sehr geehrter Herr Bundesparteiobermann!

Die jüngsten Ankündigungen über die geplante Rücknahme des Rauchverbots in der Gastronomie erfüllen uns mit tiefer Sorge. Dieser Schritt muss für jeden, dem die Gesundheit der österreichischen Bevölkerung am Herzen liegt, absolut unverständlich bleiben. Als Vertreter der Pathologie, also einer medizinischen Fachrichtung, die wie keine andere täglich mit den dramatischen Folgen des Tabakkonsums konfrontiert ist, können wir diese Pläne nur als gesundheitspolitisch verantwortungslos bezeichnen.

Österreich hinkt den weltweiten Bemühungen um eine gesundheitsfördernde Anti-Tabak-Politik seit Jahrzehnten hinterher. Länder wie Irland, Italien, Schweden, Großbritannien oder auch die USA haben längst bewiesen, dass Rauch-Restriktionen im öffentlichen Raum die Erkrankungs- und Sterberaten innerhalb kürzester Zeit senken können. Davon profitieren neben den Suchtkranken selbst auch Nichtraucher, die ansonsten zum Passivkonsum gezwungen werden – in Österreich fordert allein das Passivrauchen 1.000 Todesopfer pro Jahr.

Statt diese jahrelangen Versäumnisse endlich zu kompensieren oder gar eine Vorreiterrolle im globalen Kampf gegen das Rauchen einzunehmen, sorgen Sie mit Ihrer Entscheidung dafür, dass Österreich noch weiter hinter die internationalen Standards zurück fällt. Damit nehmen Sie in Kauf, dass wir weiterhin jährlich rund 4.000 Todesfälle allein durch Lungenkrebs zählen werden. Das sind elf Menschen, die an jedem Tag des Jahres den Kampf gegen ihre Krankheit verlieren und sterben – und von denen zehn noch leben könnten, wenn auch die österreichische Gesundheitspolitik rechtzeitig einen restriktiveren Umgang mit dem erwiesenermaßen größten Risikofaktor für Lungenkrebs gefunden hätte.

Dazu kommen Herzleiden, die in hohem Maße durch das Rauchen begünstigt werden und immer noch die Todesursache Nummer eins darstellen, sowie zahlreiche andere Erkrankungen, die durch den Nikotinmissbrauch verursacht oder zumindest verschlimmert werden.

Angesichts dieser unbestreitbaren Fakten haben wir als Mediziner, aber auch als Menschen und Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, das lange angekündigte Rauchverbot dringend erwartet. Wir sind davon überzeugt, dass die überwiegende Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher diese Haltung teilt. Wo es trotz überwältigender Evidenz tatsächlich noch an Einsicht fehlt, braucht es statt problematischen Zugeständnissen einen massiven Ausbau von Aufklärungs- und Präventionsprogrammen.

Eine verantwortungsbewusste Regierung hat die Pflicht, sich um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu kümmern, eine gesunde Umwelt zu ermöglichen und Krankheiten weitestgehend vorzubeugen. Ganz besonders gilt dieser Auftrag den Jüngsten und anderen Schutzbefohlenen gegenüber. Vor diesem Hintergrund appellieren wir dringend an Sie, die geplanten Maßnahmen noch einmal zu überdenken und fordern Sie im Namen der Österreichischen Gesellschaft für Pathologie/Österreichische Division der International Academy of Pathology auf, mit einer verstärkten Anti-Tabak-Politik für ein gesünderes und lebenswertes Österreich zu sorgen.

Im Namen der ÖGPath/IAP Österreich

Univ.-Prof. Dr. Gerald Höfler, Präsident; Institut für Pathologie, Medizinische Universität Graz
Prim. Univ.-Prof. Dr. Martin Klimpfner, Past President; Pathologisch-bakteriologisches Institut SMZ Süd
Prim.^a Dr.ⁱⁿ Christa Freibauer, Präsidentin elect; Institut für Pathologie, LK Mistelbach-Gänserndorf
Dr. Dr. Luka Brcic, Schriftführer; Institut für Pathologie, Medizinische Universität Graz